

Honduras
GERICHT
VERURTEILT
HONDURAS
FÜR MORD AN
TRANS-FRAU
(Seite 18)

MONOKULTUR FÜR DEN MASSENKONSUM

Ausbeutung in der Landwirtschaft

Liebe Leser*innen, liebe Freund*innen,

jede Entscheidung zieht Folgen nach sich und das fängt nicht erst bei der Bundestagswahl an. Beim täglichen Gang in den Supermarkt haben wir angesichts der Produktvielfalt die Qual der Wahl: Kaffee aus Nicaragua, Erdbeeren aus Südafrika oder Melonen aus Honduras. Ihr weiter Transportweg und die Produktionsbedingungen bleiben oftmals unklar. Klar ist: Wir essen hierzulande auf Kosten anderer.

Die fortschreitende Industrialisierung der Landwirtschaft, die Globalisierung der Lieferketten und der daraus erwachsene anonymisierte Weltmarkt haben ein Ernährungssystem mit starker Machtkonzentration hervorgebracht. Nur einige wenige Konzerne kontrollieren den Welthandel, bestimmen die Spielregeln. Folgen sind die Missachtung von Arbeitsschutz und Mindestlöhnen, die Zerstörung der Umwelt, Landraub für die Erweiterung von Anbauflächen sowie minimale Dumping-Preise, die den Erzeuger*innen und Arbeiter*innen gezahlt werden.

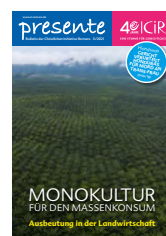
Als Teil der Kampagne „Our Food. Our Future“ macht sich die CIR gemeinsam mit 15 Partnerorganisationen aus der EU, Brasilien und Südafrika für die Schaffung eines sozial gerechten und nachhaltigen Ernährungssystems stark. Ein System, in dem Ernährungssouveränität Realität wird und Arbeiter*innen, vor allem Migrant*innen und Frauen, fair und gleich behandelt werden.

Die Politik spielt eine zentrale Rolle: Sie muss die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, um Unternehmen für Missstände entlang ihrer Lieferketten zur Verantwortung zu ziehen. Die Verabschiedung des deutschen Lieferkettengesetzes im Juni markierte einen wichtigen Schritt in diese Richtung, dennoch weist das Gesetz viele Schlupflöcher auf: Es umfasst nur die Sorgfaltspflichten für direkte Zulieferer, nicht aber für den oft langen, weiteren Teil der Lieferkette. Zudem fehlt eine zivilrechtliche Haftungsregel. Geschädigte können demnach nicht zivilrechtlich gegen deutsche Unternehmen vorgehen, wenn sie zu Schaden gekommen sind, weil die Unternehmen ihre Sorgfaltspflichten missachteten.

Die Hoffnung ruht nun auf einem schärferen, europäischen Lieferkettengesetz. Die Europäische Kommission will noch im Herbst einen Entwurf vorlegen. Das deutsche Gesetz darf dafür nicht zur Blaupause werden. Im Rahmen von „Our Food. Our Future“ setzen wir uns für ein möglichst starkes europäisches Lieferkettengesetz ein – auch weil es so viele bessere Lösungen des globalen Miteinanders gibt, als die schonungslose Ausbeutung von Mensch und Natur durch multinationale Konzerne.

Eine interessante Lektüre wünscht

Ihr / Euer CIR-Team



THEMA

Monokultur für den Massenkonsum – Ausbeutung in der Landwirtschaft

- 6** SARAH LETHMATE UND THORSTEN MOLL (CIR)
„Wo die Ölpalme wächst, schadet und tötet es Menschen“ Fotoreportage
- 8** MELANIE WEIGEL
Nachhaltiges Palmöl – geht das?
- 9** DOMINIK GROSS (CIR)
Auf die Palme gebracht Kommentar
- 10** OSCAR CONDE
„Kinder werden mit Niereninsuffizienz geboren“
Interview über Agrarindustrie in Mittelamerika
- 13** DR. ANDRÉA MORAES BARROS (CIR)
Kleinbäuerliche Landwirtschaft als gerechtes Handelsmodell



MITTELAMERIKA

- 18** KIRSTEN CLODIUS (CIR)
HONDURAS
Gericht verurteilt Honduras für Mord an Trans-Frau
- 21** CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)
GUATEMALA
Kriminalisierung indigener Aktivist*innen
- 24** KNUT HENKEL
EL SALVADOR
Bitcoin – Kleines Land, gewagtes Experiment

KAMPAGNEN

- 27** ANNA BACKMANN (CIR)
Ein Jahr für Arbeitsrechte in der Spielzeugbranche

ÜBER UNS

- 30 Abschiede aus dem Team**
31 Bestellschein

Diese presente könnte auch andere Personen oder Gruppen in Ihrem Umfeld interessieren? Bestellen Sie gerne mit einer Mail (shop@ci-romero.de) oder einem Anruf (0251-674413-0) gratis weitere Exemplare zum Verteilen im Kollegium, der Freizeitgruppe und dem Bekanntenkreis!

Impressum



Herausgeberin:
Christliche Initiative Romero (CIR)
Schillerstraße 44a
D-48155 Münster
Telefon +49 (0) 251 - 67 44 13 -0
Fax +49 (0) 251 - 67 44 13 -11
ci@ci-romero.de
www.ci-romero.de

Redaktion:
Anna Backmann, Kirsten Clodius,
Dr. Andréa Moraes Barros, Lou Gerlach,
Dominik Groß, Larissa Jäger, Merle Kampeter,
Thomas Krämer (Vi.S.d.P.), Sarah Lethmate,
Celia Meienburg, Thorsten Moll, Anne
Nibbentzen, Maik Pflaum, Tabitha Triphaus,
Isabell Ullrich, Christian Wimberger

Lektorat: Annette Spitzmesser
Layout: Edith Jaspers
Druck: Druckservice Roxel, Münster,
September 2021
Gedruckt auf Recyclingpapier
mit dem Blauen Engel

Spenden an die CIR
DKM Darlehnskasse Münster
IBAN DE67 4006 0265 0003 1122 00
BIC GENODEM1DKM

Geprüft und empfohlen.
Das DZI bescheinigt der Christlichen Initiative Romero einen verantwortungsvollen Umgang mit Spendengeldern.



Als die Begeisterung für eine neue Welt von Mittelamerika nach Europa schwappte



Die Gründungsmitglieder Richard Bähr, Geschäftsführer der Zeitschrift Publik-Forum, und Birgit Schmidt Peltzer erinnern sich, wie die CIR entstand.

1979 gelang den Sandinist*innen in Nicaragua der Sieg über die Somoza-Diktatur. Dadurch sahen die Menschen nicht nur in Nicaragua, sondern auch in El Salvador und Guatemala, dass es möglich ist, versteinernde elende Lebensverhältnisse zum Tanzen zu bringen, beziehungsweise auf nackter Gewalt basierende Systeme zu stürzen und den Versuch zu wagen, für alle Menschen eines Landes würdige Verhältnisse anzustreben.

Auch unter den Studierenden in Münster war die Begeisterung riesengroß. Neben dem Nicaraguakomitee entstanden Solidaritätsgruppen für El Salvador, Guatemala und Honduras. Die Solidaritätsarbeit stieß auf große Resonanz, insbesondere auch unter den Studierenden des Fachbereichs katholische Theologie. Wir (Richard und Birgit) hatten im August und September 1979 Nicaragua besucht und anhand von drei Dutzend Dias einen Vortrag erarbeitet, mit dem wir im ganzen Münsterland herumreisten und ihn gut 60 mal in den verschiedensten Pfarrgemeinden und Jugendgruppen vorstellten und diskutierten.

Zum ersten Mal war in Nicaragua eine Revolution erfolgreich, bei der Christ*innen nicht nur irgendwie auch beteiligt waren, sondern führende Rollen spielten und dies auch

aus ihrem Glauben heraus taten, wie Ernesto Cardenal, Miguel d'Escoto und Fernando Cardenal. Gleichzeitig stellte sich mit Óscar Arnulfo Romero der Erzbischof von San Salvador bewusst und öffentlich gegen die herrschenden Verhältnisse auf die Seite der großen, sehr armen Mehrheit der Bevölkerung.

RAUS AUS DER AKADEMISCHEN BLASE

Mit der Gründung der Christlichen Initiative El Salvador (C.I.E.S.) 1981 wollten wir die akademische Blase verlassen und in breiteren Kreisen (Gemeinden, Gewerkschaften, Weltläden, Volkshochschulen, Bildungsakademien und auch in den Parteien bis hin zur CDU) für die Solidarität mit den Völkern Mittelamerikas werben und Materialien erstellen, die zum Beispiel auch in Schulen verwendet werden konnten. Dabei setzten wir uns auch zunehmend im engen Austausch mit den Jesuiten Ignacio Ellacuría (der später ermordet wurde) und Jon Sobrino aus El Salvador für eine politische Lösung des Konfliktes ein.

Um uns bekannt zu machen, pflanzen und veröffentlichten wir die erste Ausgabe einer Zeitung, mit der für uns gewagt hohen Auflage von 40 000 Stück und dem Titel „Brenn-



„Kaffetrinker denk nach“: Mit ihren Protestaktionen setzte sich die CIR bereits früh für würdige Arbeitsbedingungen in Mittelamerika ein - bis heute ein Arbeitsschwerpunkt der CIR.

punkt El Salvador“, die wir je zur Hälfte an alle Pfarrämter in Deutschland schickten und der Publik-Forum beilegte. Die Resonanz war überwältigend und stellte die Arbeitsstrukturen eines ehrenamtlichen kleinen Komitees völlig auf den Kopf und alle Beteiligten vor große Herausforderungen. Nach einiger Zeit brachten wir auch noch ein Bulletin heraus, das heute noch erscheint: die presente. Manche Leute meinen, der Name bedeute so viel wie Präsent, also Geschenk, oder Präsenz, Gegenwart. Tatsächlich bedeutet es „anwesend“, was die Menschen in Mittelamerika immer rufen, wenn die Namen von getöteten Kämpfer*innen für eine bessere Welt genannt werden. Damit wird an diese erinnert.

KAFFEE, AN DEM BLUT KLEBT

Eine große Aktion war die Kaffeeaktion. Wir stellten uns vor Tchibo- und Eduscho-Filialen auf und verteilten Informationen über „Kaffee, an dem Blut klebt“. Unser Mitkämpfer Bodo entwarf einen Aufkleber, der an unzähligen Laternenpfählen in Münster klebte. Diese Aktion machte uns in ganz Deutschland bekannt und brachte es sogar zu einem Artikel im Spiegel.

Nur anderthalb Jahre nach der Gründung benannten wir die CIES um in Christliche Initiative Romero, CIR, und stellten uns damit in die Tradition des 1980 ermordeten Erzbi-

schofs von San Salvador. Das erlaubte uns, die Solidaritätsarbeit auf ganz Mittelamerika und zeitweise auch Haiti auszuweiten. Aus bescheidenen studentischen Zirkeln ist so in 40 Jahren eine stabile Nichtregierungsorganisation mit mehr als zwei Dutzend hauptamtlichen Mitarbeiter*innen geworden. Neben der Unterstützung von emanzipatorischen Initiativen in Mittelamerika widmete sich die CIR zunächst auch den Arbeitsbedingungen in der Produktion von Kleidung und dann auch von weiteren Supermarktprodukten. Diese neuen Aktivitätsfelder haben die CIR in Deutschland und auch Europa nochmal deutlich bekannter gemacht. Wir Gründungsmitglieder gratulieren herzlich. ■



EINE STIMME FÜR GERECHTIGKEIT

JETZT SPENDEN!

Über Jubiläumsgrüße, auch als Spende, freuen wir uns – damit wir unseren Partner*innen auch weitere 40 Jahre eine zuverlässige Unterstützung sein können.

www.ci-romero.de/40-jahre-cir



ELSA KEJ, 27 JAHRE,
SONORA

„Wo die Ölpalme wächst, schadet und tötet es Menschen.“

Eine Fotoreportage über die Folgen der Palmölproduktion in Guatemala

FOTOS: JAMES RODRÍGUEZ

TEXT: SARAH LETHMATE UND THORSTEN MOLL (CIR)

Für die Ausweitung von Palmölplantagen werden immer mehr Regenwälder abgeholzt. Die Folgen: Artensterben, Verlust von fruchtbaren Böden und somit ein Verlust der Lebensgrundlagen für Mensch und Tier.

Palmöl versteckt sich in jedem zweiten Supermarktprodukt, zum Beispiel im Schokoladenaufstrich oder in Seifen. In der EU wird der größte Anteil jedoch für Agrartreibstoffe verwendet. Wie üblich in der industriellen Landwirtschaft, werden auch Ölpalmen in riesigen Monokulturen angebaut, da diese kurzfristig Profitmaximierung versprechen. Der Anbau in Monokulturen führt jedoch zu einem Verlust von Biodiversität und schädigt die Böden nachhaltig. Für die Ausweitung des Ölpalm-Anbaus werden Regenwälder abgeholzt und Flüsse durch Pestizide kontaminiert, was ein drastisches Artensterben nach sich zieht. Die Menschen vor Ort verlieren ihre Lebensgrundlage und werden

von den Palmöl-Produzent*innen verdrängt. Auf den Plantagen sind massive Arbeitsrechtsverletzungen an der Tagesordnung. Wenige Großkonzerne profitieren, während Menschen und Umwelt vor Ort leer ausgehen. Die negativen Auswirkungen werden Lateinamerika in Zukunft stärker treffen, denn die Region wird als wichtigster Wachstumsmarkt für Palmöl angesehen.

Ein wichtiger Palmöllieferant für Deutschland ist Guatemala. Der Fotograf James Rodríguez hat im Auftrag der CIR die Folgen der Palmölproduktion in den Gemeinden Santa Elena, El Chorro, Sonora und Serchaj im Norden des Landes dokumentiert. ■



Die Flüsse in den Regionen der Palmölplantagen sind besonders gefährdet. Durch den hohen Wasserverbrauch trocknen sie aus oder werden mit Pestiziden verseucht.



**AUDALIA COL BOL,
31 JAHRE,
EL CHORRO**

*„Früher gab es hier
viel Anbaufläche
für uns, aber weil*

*das Palmölunternehmen kam, haben wir
jetzt nichts mehr. Dort, wo wir waschen,
ist der Fluss trocken. Früher war das
nicht so. Wir haben kein Leitungswasser.
Wegen der Ölpalmen, wegen des Gifts,
das in den Fluss gelangte, starben alle
Fische. Ich fühlte mich schlecht und
traurig, weil wir von den Fischen leben.“*



**RAMIRO YAT,
24 JAHRE,
SANTA ELENA -
ehemaliger Arbeiter
auf einer Palmöl-
plantage**

*„Es kamen Angestellte des Unternehmens,
um zu betrügen [Anm. d. Red.: 2012, als
sich das Palmölunternehmen in der
Gemeinde ansiedelte]. Sie sagten, wenn
die Bewohner*innen der Gemeinden ihre
Böden verkauften, könnten sie und in
Zukunft ihre Kinder dort arbeiten.
Ihnen würde nie irgendetwas fehlen.
Aber das war Betrug.“*



REMIGIO CAAL, 60 JAHRE, EL CHORRO

*„Viele Personen verlassen ihre Familien Richtung Norden
[Anm. d. Red.: in die USA], weil es hier keine Arbeit mehr gibt.
Wir haben kein Land mehr, auf dem wir anbauen können.*

*Der Unternehmenschef betrügt die Leute. Manchmal gibt er
ihnen nur zwei, drei Monate Arbeit, [weil] er die Zusatzleistungen
nicht bezahlen will. Die Leute gehen vor fünf Uhr morgens und erst um sechs, sieben Uhr
abends kommen sie nach Hause. Das ist nicht gerecht.“*



„Freiheit für das Wasser. Nein zur Ölpalme“ steht auf einer Mauer in der Gemeinde Sonora geschrieben. Wasser ist ein knappes Gut. Die Einwohner*innen der Gemeinden brauchen es zum Waschen oder Kochen.

Nachhaltiges Palmöl – geht das?



Ölpalmen werden fast überall auf Kosten von Menschenrechten, Regenwäldern und Artenvielfalt angebaut. Die gute Nachricht: Es gibt Alternativen.

TEXT: MELANIE WEIGEL (MELFAIR)

Der bekannteste Ansatz für nachhaltigeren Palmölanbau ist der RSPO (Runder Tisch für nachhaltiges Palmöl). Nach dessen Angaben zertifiziert er 19 Prozent der weltweiten Palmöl-Produktion. Unter seinen 4.500 Mitgliedern befinden sich Nestlé, Aldi und Edeka. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind kaum und Gewerkschaften gar nicht vertreten.

FAIR ODER UNFAIR?

Der RSPO ist weder ein Bio- noch ein Fairhandels-Siegel. Er erlaubt Pestizide und verbietet nur die Rodung „besonders schützenswerter“ Gebiete. Es gibt dokumentierte Hinweise, dass RSPO-Unternehmen systematisch gegen die Kriterien verstoßen und teils illegal Regenwald roden.

ALTERNATIVEN

Weiter geht das Serendipalm-Projekt aus Ghana: Die Ölpalmfrüchte werden von etwa 500 Kleinbäuerinnen und -bauern bezogen. Auf ihren zwei bis drei Hektar großen Feldern stehen Bio-Ölpalmen im Wechsel mit anderen Pflanzen, statt in Monokulturen. In der firmeneigenen Ölmühle erhalten über 250 Mitarbeiter*innen faire Löhne und Arbeitsbedingungen. Das Palmöl ist biozertifiziert und trägt die anspruchsvollen Siegel von „IMO Fair for Life“ und NaturlandFair. Serendipalm kooperiert unter anderem mit GEPA und Rapunzel.

POLITIK MUSS DIE WEICHEN STELLEN

Der Marktanteil von bio-fairem Palmöl liegt weltweit bei einem, in Deutschland bei vier Prozent. Es ist teuer, deshalb bedarf es, um die Marktanteile zu steigern, politischer Steuerung, die klare Regeln zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz vorgibt und Palmöl im Biosprit noch dieses Jahr verbietet – denn billiges Palmöl wird teuer erkauft.

Bürger*innen können als Lobby für faires Bio-Palmöl politisch aktiv werden, mit Politiker*innen und Unternehmen in Kontakt treten, öffentlichen Druck erzeugen und den fairen Handel stärken. ■

Melanie Weigel (@Melfair)

informiert auf ihrem Facebook- (@Mellonie Honig) und Instagram-Kanal (@melanie__weigel) über fairen Handel und Nachhaltigkeit. Mit Petitionen hat sie schon große Firmen für nachhaltigere Beschaffung gewonnen. Ihr Video über faires Bio-Palmöl aus Ghana gibt es auf Youtube zu sehen: bit.ly/Palmöl_Melanie



Welches Label hält, was es verspricht und welches nicht?

Der neue Wegweiser durch das Label-Labyrinth liefert die Antworten.

JETZT BESTELLEN!

(Bestellschein auf Seite 31)

Auf die gebracht

EIN KOMMENTAR VON DOMINIK GROSS (CIR)

Der Palmöl-Komplex offenbart drei zentrale Missstände des globalen Ernährungssystems:

1. VERANTWORTUNGSFLUCHT

Bei dem Teil des Palmöls, der im Supermarktregal landet, entscheidet individuelles Kaufverhalten darüber, ob Menschenrechte verletzt werden oder es der Umwelt an den Kragen geht. Hier wird eine Verantwortung auf Verbraucher*innen abgewälzt, die sie nicht tragen sollten. Es ist gut, wenn Konsument*innen einen Beitrag zu fairem Einkauf leisten wollen. Die Eigenverantwortung darf jedoch nicht so weit gehen, dass an der Kasse grundlegende Rechte zur Veräußerung stehen.

2. FREIWILLIGKEITSFETISCH

Firmen und Zertifizierungssysteme bestimmen auf freiwilliger Basis darüber, was als „nachhaltig“ gelten darf. Zu oft liegt der kleinste gemeinsame Nenner unter dem, was die fundamentalsten Rechte von Mensch und Umwelt berührt. Unzureichende und durchsetzungsschwache Label, wie sie beispielsweise vom RSPO vergeben werden, haben die riesigen Probleme im Palmöl-Anbau nicht lösen können. Sie müssen grundlegend reformiert werden oder werden weiter scheitern.

3. TURBO-ÖKONOMISIERUNG

Die Palmöl-Apologet*innen versuchen den ungeheuren Hunger nach Palmöl als natürlich und vernünftig zu verkaufen. Schließlich, so sagen sie, gebe es keine Ölsaaten mit einem

vergleichbar hohen Flächenenertrag. Dabei ist unser Palmölkonsum – und übrigens auch der anderer Pflanzenöle – alles andere als gottgegeben. Bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts kamen wir hierzulande gut ohne billige Geschmacksträgeröle aus. Zudem: Der Löwenanteil landet nicht im Supermarkt, sondern als Agrartreibstoff im Tank oder als Futtermittelzusatz im Trog.

So ist der Rohstoff Stütze unserer fleischbasierten und Verbrenner-getriebenen, imperialen Lebensweise. Ein Schlag ins Gesicht all jener, die für noch mehr Anbaufläche ihre Dörfer verlassen müssen oder durch Pestizide vergiftet werden. Die Perspektive auf größtmögliche Effizienz verengt den Blick, sodass Alternativen wie öko-fairer Anbau oder Alternativen zum bestehenden Agrarsystem insgesamt aus dem Blickfeld verschwinden. Die eigentliche Frage ist eine qualitative: Was und wie viel davon sollten wir essen, damit es uns, der Natur und unseren Mitmenschen guttut? Wie sollte es produziert werden?

Auch wenn es gelingt, die bestehenden Nachhaltigkeitsinitiativen kurzfristig zu reformieren, so gibt es langfristig nur zwei Alternativen: Radikale Reduktion oder die Einpreisung jener Kosten, die derzeit andere für uns tragen. Die Politik muss beides steuern. Die CIR unterstützt Ansätze, die auf verbindliche und anspruchsvolle Verbesserungen abzielen – für falsche „Nachhaltigkeit“ sind wir nicht zu haben. ■

**OUR FOOD
OUR FUTURE**

WE ARE HUNGRY FOR JUSTICE

Im Rahmen der Kampagne „Our Food. Our Future“ setzen wir uns gemeinsam mit 15 Partnerorganisationen aus der EU, Südafrika und Brasilien für den nachhaltigen Wandel des Ernährungssystems und faire Agrarlieferketten ein, um globale Probleme wie Umweltzerstörung, Flucht und Vertreibung zu bekämpfen. Unsere Vision ist ein sozial gerech-

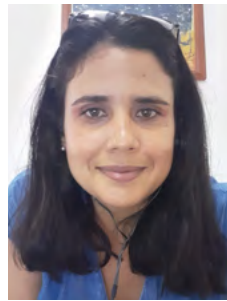
tes und nachhaltiges Lebensmittelsystem, das auf Menschenrechten basiert und Ressourcen umweltschonend einsetzt. **Mehr zur internationalen Kampagne: ourfood-ourfuture.eu**

„Kinder werden mit Niereninsuffizienz geboren“

Angélica Alfaro und Pedro Cabezas über Agrarindustrie in Mittelamerika

In Mittelamerika wird massenhaft Zucker und Palmöl produziert, unter anderem für die EU. Der Koordinator der Mittelamerikanischen Allianz gegen die Rohstoffindustrie in Mittelamerika (ACAFREMIN), Pedro Cabezas, und die Sozialwissenschaftlerin Angélica Alfaro berichten im Interview mit unserer Partnerorganisation Colectivo Madre Selva über die Folgen ausbeuterischer Agrarindustrie und die globalen Zusammenhänge, aus denen sie entspringt.

INTERVIEW: OSCAR CONDE (COLECTIVO MADRE SELVA);
ÜBERSETZUNG: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)



Angélica Alfaro,
Sozialwissenschaftlerin
aus Nicaragua.



Pedro Cabezas,
Mitarbeiter bei der
CIR-Partnerorganisation
und Koordinator des
Netzwerks ACAFREMIN.

Angélica und Pedro, Ihr führt aktuell eine Studie über Zuckerrohr- und Palmölproduktion in Mittelamerika durch. Welches Ziel verfolgt ihr damit?

„**Angélica:** Wir führen die Studie in El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua durch, um mehr über die umweltbezogenen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Monokulturen, die in diesen Ländern so aggressiv sind, herauszufinden. Wir reisen gerade durch die vier Länder und sprechen mit Menschen, die direkt von den Plantagen betroffen sind.

Pedro: Als zivilgesellschaftliches Netzwerk ACAFREMIN beschäftigen wir uns mit den Folgen des Extraktivismus, eines Wirt-

schaftsmodells, das auf eine intensive Ausbeutung der Natur und den Export von Rohstoffen setzt. Wir zeigen in der Studie, dass die Profite auf Kosten der betroffenen Gemeinden gehen, die vertrieben werden, unter dem Verlust der Biodiversität leiden und vom Staat kriminalisiert werden, wenn sie sich wehren. Wir haben gesehen, dass die Repression insbesondere seit Beginn der Pandemie zugenommen hat. Gleichzeitig hat die Rohstoffproduktion von den wirtschaftlichen Reaktivierungsmaßnahmen der Corona-Politik profitiert. In El Salvador sind alle Branchen geschrumpft, nur die Zuckerrohrindustrie ist gewachsen, weil dort keine Hygienemaßnahmen umgesetzt wurden. Die Unternehmen bewegen sich aber auch in einem Umfeld des Widerstands. Wir wollen



Zuckerrohrplantagen breiten sich in El Salvador immer weiter aus und gefährden die Gesundheit der Bevölkerung, weil das Grundwasser von Agrochemikalien verschmutzt wird.

die verschiedenen Erfahrungen des Widerstands mit den Gemeinden teilen und ihnen zeigen, dass sie nicht alleine, sondern Teil eines globalen Widerstands gegen die extraktivistischen Industrien sind.

Angélica: Wir haben in allen vier Ländern ähnliche Auswirkungen vorgefunden, die ziemlich besorgniserregend sind. Eine der schlimmsten Auswirkungen dieser Industrie ist der Verlust der Ernährungssicherheit. Aufgrund der Verschmutzung von Gewässern durch Agrochemikalien haben die Menschen ihre Lebensgrundlage verloren.

Pedro, als ich das letzte Mal nach El Salvador gereist bin, ist mir aufgefallen, dass ich dort noch nie so riesige Zuckerrohrplantagen gesehen habe wie jetzt. Wie erklärst du dir das?

Pedro: Ja, diese Expansion hat sich in den letzten zehn Jahren vollzogen. Sie ist ein Ergebnis von Freihandelsverträgen, die die Regierungen mit den USA, der EU, Südkorea und China abgeschlossen haben. Diese Regionen und Länder importieren den Zucker. Das Problem ist aber, dass wir ein kleines Land sind. Die Zuckerrohrplantagen-Betrei-

ber*innen haben Mangrovenwälder zerstört und die Gewässer verschmutzt. Das wenige vorhandene Wasser wird absolut ungleich verteilt: Ländliche Gemeinden bezahlen bis zu 12 US-Dollar pro Kubikmeter, während die Zuckerrohr-Unternehmen Unmengen an Wasser verbrauchen und dem Staat nichts dafür zahlen.

Es gibt dicht besiedelte Kommunen in der Region Bajo Lempa, in denen die Zuckerrohrplantagen bis zu 80 Prozent des Territoriums besetzen. Viele Menschen werden von den Pestiziden, die mit Flugzeugen verteilt werden, krank. Es gibt Kinder, die schon mit Niereninsuffizienz geboren werden, weil die Mütter so viel von dem Gift in sich aufnehmen! Dazu kommt, dass es in dieser Region viel Gewalt gibt. Wenn Gemeindemitglieder ermordet werden, die mehr staatliche Regulierung fordern, werden diese Verbrechen nur den kriminellen Jugendbanden zugeschoben. Für die Unternehmen ist es sehr einfach, ein Bandenmitglied zu engagieren, um die Gemeinden einzuschüchtern.

Angélica: Die Unternehmen haben es in den letzten Jahrzehnten geschafft, viel Grundbesitz anzuhäufen, wobei sie die Schwächen der Agrarreformen und Unklarheiten über >



Plantagenbetreiber*innen verdrängen mit ihren Pestizid-Fliegern Bio-Cashew Produzent*innen in El Salvador.

Landtitel ausgenutzt haben. Teilweise haben sie Land von Großgrundbesitzer*innen aufgekauft und die landlosen Bäuerinnen und Bauern, die vorher dort geduldet waren, vertrieben. In anderen Fällen haben sie Kleinbäuerinnen und -bauern ausgenutzt, sie mit Plantagen umzingelt, bis auch sie verkaufen mussten.

Diese Gier nach Land wird durch die Nachfrage auf dem Weltmarkt befeuert. Die EU hat 2013 ein Assoziierungsabkommen mit den Ländern Mittelamerikas abgeschlossen, durch das die Zölle auf Zucker gesenkt wurden und der Zugang zu Palmöl zollfrei wurde. Die EU importiert diese Rohstoffe einerseits für einen nicht nachhaltigen Massenkonsum und aufgrund der Idee, dass sie mithilfe von Biotreibstoffen das Klima schützen könnte. Das hat sich aber wegen der Abholzung und einer irrationalen Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln als Illusion herausgestellt.

Welche Lösungen seht ihr in der Studie, um diese Probleme zu bekämpfen?

Angélica: Wir haben besonders das Abkommen von Escazú im Blick, das im April 2021 in Kraft trat. Es handelt sich um ein Abkommen zwischen den lateinamerikanischen Staaten, mit dem die Rechte von Gemeinden in Umweltkonflikten geschützt werden sollen. Das

Abkommen verpflichtet die Staaten, den betroffenen Menschen Zugang zu verlässlichen Informationen über die Auswirkungen von Monokulturen zu gewährleisten. Außerdem sollen sie die Unternehmen leichter vor Gericht verklagen können, wenn sie Umweltschutzgesetze brechen. Schließlich sollen Umweltschützer*innen, die in unseren Ländern leider häufig verfolgt und ermordet werden, wirksam geschützt werden. Bisher hat nur Nicaragua das Abkommen ratifiziert, Guatemala hat es unterzeichnet, aber nicht ratifiziert. Die Regierungen von El Salvador und Honduras ignorieren es leider. Mit unserer Forschung wollen wir zeigen, dass aufgrund der Menschenrechtsverletzungen der Agrarindustrie in allen vier Ländern die Umsetzung des Abkommens unbedingt nötig ist!



GEGEN DIE AUSBEUTERISCHE AGRARINDUSTRIE

Das Netzwerk ACAFREMIN (Netzwerk gegen Rohstoffindustrie in Mittelamerika) bringt Gemeinden aus ganz Mittelamerika zusammen. So können sie sich gemeinsam gegen Plantagen- und Minenbetreiber*innen zur Wehr setzen und ihre Rechte auf Land und sauberes Wasser von den Regierungen einfordern. Die Allianz betreut Gemeinschaften, deren Menschenrechte verletzt werden, durch Rechtsberatung und Eilaktionen. Außerdem führen die beteiligten Organisationen länderübergreifende Kampagnen für eine nachhaltige Entwicklung durch, die nicht auf die grenzenlose Ausbeutung der Natur setzt.

Unterstützen Sie diese wichtige Arbeit mit einer Spende.

Stichwort «ACAFREMIN»



Durch eine höhere Kulturpflanzenvielfalt werden in kleinbäuerlichen Betrieben Böden, Tiere und Pflanzen geschützt. Auf dem Foto: Produzent Jailton Oliveira.

Kleinbäuerliche Landwirtschaft als gerechtes Handelsmodell

*Auch der Orangensaft-Sektor Brasiliens ist geprägt von Machtkonzentration und Ausbeutung durch Großkonzerne. Die wirtschaftliche Situation kleinbäuerlicher Erzeuger*innen ist oftmals prekär. Dabei ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft der Hebel, um Lieferketten nachhaltig zu gestalten.* TEXT: DR. ANDRÉA MORAES BARROS (CIR)

Die Lieferkette des in Brasilien hergestellten und weltweit konsumierten Orangensafts ist durch zahlreiche soziale, ökologische und ökonomische Missstände gekennzeichnet. Dies gilt unter der aktuellen Regierung Brasiliens umso mehr. Gewerkschaften haben nur eingeschränkten Zugang zu den Arbeiter*innen. Tarifverträge sind fragil und die Löhne der ländlichen Arbeiter*innen sind 40 Prozent niedriger als ein exis-

tenzsichernder Lohn. Migrantische Arbeiter*innen aus dem Nordosten Brasiliens sind in prekären Abhängigkeitsverhältnissen gefangen und die staatlichen Kontrollen wurden von der Regierung Brasiliens drastisch reduziert. Dazu kommen die ökologischen Probleme: Orangen werden in Monokulturen angebaut, die einen intensiven Einsatz von Pestiziden erzwingen, den Boden verarmen lassen und einen Rückgang der Artenvielfalt ➤



Durch den Zusammenschluss in Kooperativen verschaffen sich kleinere Produzent*innen wie Givaldo Oliveira Zugang zum Weltmarkt.

verursachen. Ökonomisch gesehen ist der Sektor von einigen wenigen Großkonzernen dominiert und zunehmend konzentriert. Kleinbäuerliche Produzenten haben nur geringen Zugang zum Markt.

KONZERN-KONZENTRATION VERSUS KOLLEKTIVE KOOPERATIVEN

In den nordöstlichen Bundesstaaten Sergipe und Bahia gibt es trotz ihrer geringen Anbaufläche von 65.000 Hektar die meisten Betriebe, die sich dem Orangenanbau widmen: Über 22.000 Orangenproduzent*innen. Im Bundesstaat São Paulo, einem der größten Produzent*innen Brasiliens, gibt es gut 4.000 Produzent*innen auf 360.000 Hektar. Sergipe und Bahia zählen darüber hinaus zu den Top sechs Regionen für Orangenanbau in Brasilien. Trotz mangelnder Investitionen, die auf das Fehlen ernsthafter politischer Maßnahmen zur Unterstützung dieser Landwirtschaftsform sowie auf die Marktbegrenzung zurückzuführen sind, hören Kleinbäuerinnen

und -bauern nicht auf. Sie sind und bleiben fester Bestandteil des nordöstlichen Orangen-sektors. Darauf muss aufgebaut werden. Denn kleinbäuerliche Strukturen können nicht nur einen Beitrag zur so dringend benötigten sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit leisten, sondern auch zu einer langfristigen strukturellen Veränderung.

„Unsere Mission ist es, ökologisch und sozial verantwortlich zu produzieren und zu vermarkten und so zum Aufbau eines gerechteren Handelsmodells beizutragen, das den Bäuerinnen, Bauern und ihren Familien, den Verbraucher*innen und der Umwelt zugutekommt“, erklärt José Aldo de Souza von der Kooperative COOPEALNOR in der Region Bahia. Die COOPEALNOR wird von der zweiten Generation Kleinbäuer*innen betrieben. Neben Orangen produzieren sie auch Lebensmittel für den regionalen Markt wie Maracuja, Mandarinen, Kokosnüsse, Maniok, Kürbisse, Wassermelonen, Ananas, Bohnen und Mais.

Eine weitere Kooperative ist die COOPERIN in der Region Sergipe. Gemeinsam vereinen

die beiden Kollektive etwa 200 Bauernfamilien. Ein Viertel der Familienbetriebe sind Fairtrade-zertifiziert und produzieren Bio-Orangensaft für den deutschen Markt über die Importeurin GEPA.

FÜR MARKTZUGANG UND MACHT-UMVERTEILUNG

Die Kooperativen setzen sich für eine Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft ein und pflegen direkte Lieferbeziehungen mit den Abnehmerländern ohne Zwischenhändler. Die Argumente dafür sind zahlreich. Kleine und ökologische Betriebe mögen arbeitsaufwendiger und nach derzeitigen betriebswirtschaftlichen Maßstäben teurer als agrarindustrielle Produktion sein. Doch bei letzterer sind die ökologischen und sozialen Kosten externalisiert. Kleinbetriebe weisen eine höhere Kulturpflanzenvielfalt auf. Damit geht der eigentliche Flächenertrag oftmals über den einfachen Hektarertrag hinaus. Der

Boden wird geschont und die Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten gefördert.

Außerdem fließen die Gewinne der kleinen Betriebe auf die lokalen Märkte zurück und fördern die lokale Entwicklung. Dividenden von großen Agrarkonzernen fließen im Gegensatz dazu jenseits der lokalen Märkte in das Finanzkapital. Kleinbäuerliche Betriebe können ihre Produkte auch exportieren, produzieren aber gleichzeitig Lebensmittel für sich selbst und den Binnenmarkt. All das führt zu einer nachhaltigeren (Land-)Wirtschaft. José Aldo aus Bahia erklärt: „Wir setzen uns für einen besseren Umgang mit der Umwelt und für den fairen Handel ein, der uns existenzsichernde Einkommen und ein besseres Leben bringt. Dadurch ist es uns gelungen, dass jugendliche Bäuerinnen und Bauern die Betriebe ihrer Familien endlich wieder weiter bewirtschaften. So ist die ländliche Entwicklung nachhaltig und gut für uns alle in der Gemeinde.“ ■

ÖKO-SOZIALER LEBENSMITTEL-ANBAU

Die CIR setzt sich seit Jahren für menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der Orangensaft-Lieferkette ein. Die Gründung der „Partnerschaft für Nachhaltigen Orangensaft“, kurz: PANAÖ, im Dezember 2020 ist ein Erfolg dieser Arbeit. Als zivilgesellschaftliches Mitglied von PANAÖ engagieren wir uns unter anderem für den Marktzugang kleinbäuerlicher Erzeuger*innen. In der konkreten Zusammenarbeit mit den Kooperativen COOPEALNOR und COOPERIN, deren Vertreter*innen in PANAÖ engagiert sind, ermöglichen wir Schulungen zu nachhaltiger Landwirtschaft sowie betriebswirtschaftlichen Prozessen. Außerdem setzen wir auf Erfahrungs- und Wissensaustausch.



Bitte tragen Sie zu dieser Arbeit bei. Mit einer Spende von 60 Euro können sich die Kooperativen einen Tag Bio-Agrarberatung leisten!

Stichwort «ORANGEN BRASILIEN »

Nicaragua

Wie dem Klimawandel begegnen?

Als im Mai und Juni dieses Jahres die Sitzungen der Nebenorgane der UN-Klimakonferenz virtuell stattfanden, war unsere Partnerorganisation Centro Humboldt dabei: als Stimme der mittelamerikanischen Zivilgesellschaft. Mittelamerika ist eine für den Klimawandel sehr anfällige Region. Dürreperioden und Starkregen sorgten in der ersten Jahreshälfte für einem Ernteausfall zwischen 50 Prozent und im Süden des Landes wurden sogar 100 Prozent Verlust der Mais- und Bohnenaussaat verzeichnet. Das führt zu einer Verknappung der Grundnahrungsmittel und Preisanstiegen.

Neben der wichtigen politischen Lobbyarbeit setzt das Centro Humboldt daher auf lokaler Ebene auf konkrete Anpassungsstrategien an den Klimawandel: Es errichtet zum Beispiel Wasserauffangananlagen, die den Menschen in Dürrezeiten Zugang zu Wasser bieten. Außerdem unterstützen sie die Land-



Als besonders betroffene Region hat Mittelamerika schon seit Jahren mit Starkregen, Dürren und hohen Ernteausfällen zu kämpfen.

bevölkerung dabei, sich an die veränderten klimatischen Verhältnisse anzupassen; zum Beispiel durch Informationen über den bestmöglichen Zeitpunkt für die Aussaat, die auf einem vom Centro Humboldt koordinierten regionalen Klimamonitoring basieren.

Unterstützen Sie diese Pionierarbeit des Centro Humboldt.

Stichwort «CENTRO HUMBOLDT»

FOTOS: UNES:

Grundsätze unserer Projektarbeit

Mit Ihrer Spende kann die Christliche Initiative Romero e.V. Projektpartner*innen unterstützen, die sich einsetzen für

- die Selbstbestimmung von Frauen
- die Achtung und Anerkennung arbeitender Kinder
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen
- die Ökologie
- die politische Stärkung der Zivilgesellschaft
- die Achtung und Selbstbestimmung indigener Bevölkerung

El Salvador

Vielfalt leben

El Salvador ist ein Land mit ausgeprägter Macho-Kultur. Viele Frauen leiden täglich darunter. Noch viel schlimmer ist es um die Rechte von Menschen bestellt, die nicht in das gängige Mann-Frau-Schema passen. Wer die eigene Homosexualität offen auslebt oder sich jenseits der Geschlechtergrenzen definiert, trifft häufig auf aggressive Reaktionen und hat wesentlich schlechtere Bildungs- und Jobchancen. Im Beruf geht oftmals massive Diskriminierung damit einher.

Die kleine Gewerkschaft FEASIES bringt bewusst auch die Perspektiven von Lesben, Schwulen, Trans- und Bisexuellen in den politischen Diskurs ein und kämpft für deren Gleichstellung.

Die CIR unterstützt FEASIES dabei seit vielen Jahren zuverlässig und möchte das auch zukünftig tun. Unterstützen Sie uns dabei.



Honduras

Wer verteidigt Menschenrechtsverteidiger*innen?

Unser Partnerorganisation CDM in Honduras initiierte mit anderen die zentralamerikanische Kampagne „**¿Quien defiende a las personas defensoras de derechos humanos?**“ (Wer verteidigt die Menschenrechtsverteidiger*innen?). Sie hat das Ziel, mehr gesellschaftliche und politische Anerkennung derjenigen zu erreichen, die Menschenrechte verteidigen. Seit Jahren werden die Handlungsspielräume dafür in Honduras immer kleiner, begleitet von gezielten

Angriffen auf die Verteidiger*innen. Sie werden diffamiert, verfolgt, bedroht und sogar verhaftet, um sie mundtot zu machen. Der allergrößte Teil dieser Rechtsverletzungen bleibt unbestraft und sie brauchen dringend mehr Rückhalt.

Unterstützen Sie CDM bei ihrer Arbeit für Respekt statt Verfolgung.

Stichwort «MIGRATION»

Stichwort «CDM»

**IHRE
SPENDE
HILFT**

Unsere Projekte stehen für Wege zu mehr Gerechtigkeit, zukunfts-fähiger Entwicklung und kultureller Vielfalt und Toleranz. Wenn nötig, leistet die CIR in Mittelamerika auch Notfall- und Katastrophenhilfe. Für Planung, Durchführung und korrekten Einsatz der Gelder sind wir gemeinsam mit unseren Projektpartner*innen verantwortlich. Um ihnen langfristige Perspektiven geben zu können, sind wir auf Ihre Spenden ebenso angewiesen, wie auf Zuwendungen der Europäischen Union, des Weltgebetstags der Frauen, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE), des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf Spenden aus Kirchen- und Pfarrgemeinden, Schulen und Eine-Welt-Läden.

SPENDENKONTO

Bitte unterstützen Sie unsere Projektpartner*innen mit einer Spende.

Darlehnskasse Münster
IBAN: DE67 4006 0265
0003 1122 00
BIC: GENODEM1DKM

Oder online unter
www.ci-romero.de/spenden

Vicky Hernández, die Trans-Frau,
die uns helfen kann, die Geschichte zu ändern.

VICKY
HERNÁNDEZ

LA MUJER TRANS
QUE NOS PUEDE
AYUDAR A
CAMBIAR LA
HISTORIA

11 NOV



Honduras

PRÄZEDENZ-FALL:

Gericht verurteilt Honduras für Mord an Trans-Frau

Über zehn Jahre nach der gewaltsamen Ermordung von Vicky Hernández hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte ihren Fall verhandelt und den honduranischen Staat für schuldig erklärt. TEXT: KIRSTEN CLODIUS (CIR)

Am 28. Juni 2021 wurde das Urteil öffentlich, das zum ersten Mal einen Staat für den Tod einer Transperson verantwortlich macht. Auf den Tag genau zwölf Jahre, nachdem Vicky Hernández während der nächtlichen Ausgangssperre in San Pedro Sula von Polizisten in den Kopf geschossen worden war; von „außergerichtlicher Hinrichtung“ war damals in den Medien zu lesen. In die offizielle Statistik floss der Fall aber in die Rubrik „Mord aus Leidenschaft“. Eine gängige Methode, um Hassverbrechen zu verschleiern. Zeug*innen wurden nie offiziell befragt. Zwei ihrer Begleiter*innen in der

Mordnacht wurden wenige Tage nach der Tat ebenfalls ermordet und so zum Schweigen gebracht. Ihre Familie schwieg, um sich selbst zu schützen. Das Datum der Urteilsverkündung wurde nicht zufällig gewählt, denn der 28. Juni ist der LGBTI*-Pride Tag, an dem die Community feiert, Stolz zeigt und auf der Straße öffentlich ihre Rechte einfordert.

Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte, der in Costa Rica angesiedelt ist, erkannte in seiner Untersuchung eine staatliche Verantwortung für die Verletzung des Rechts auf Leben und die Unversehrtheit des Körpers, des Rechts auf Geschlechteri-

dentität und die Verletzung des Rechts auf Anerkennung als Person vor dem Gesetz. Hernández' Ermordung wurde nie untersucht und die Täter blieben folglich straffrei. Ihre Sterbeurkunde spiegelt ihre Diskriminierung über den Tod hinaus: Einzig ihr männlicher Geburtsname, den sie lange abgelegt hatte, ist dort vermerkt.

MIT AUSDAUER ZUM ERFOLG

Vicky war politische Aktivistin und setzte sich für mehr Anerkennung und gegen Diskriminierung von LGBTI*-Personen ein. Seit Jahren machten sich LGBTI*-Organisationen für die Verfolgung des Falls vor Gericht stark. Unsere honduranische Partnerorganisation Red Lésbica de las Cattrachas (Lesbennetzwerk Las Cattrachas) gehörte zu den Initiator*innen einer Kampagne, die den Fall bereits 2012 vor Gericht brachte und den Prozess über viele Jahre mit der notwendigen Kampagnenarbeit flankierte. Unter dem Hashtag #JusticiaParaVicky (#Gerechtigkeit für Vicky) erzeugten unzählige Aktivist*innen in den letzten Monaten Aufmerksamkeit in den sozialen Medien und damit weit über die LGBTI*-Gemeinschaft und die Landesgrenzen hinaus. Las Cattrachas ist eine Menschenrechtsorganisation mit juristischer Ausrichtung zur Durchsetzung von LGBTI*-Rechten und einem umfangreichen Medien-Monitoringsystem zur Datenerhebung von Hassverbrechen und Diskriminierung von Frauen und LGBTI*-Personen, dessen Aufbau die CIR über mehrere Jahre hinweg unterstützt hat.

Für die Cattrachas ist das Urteil ein riesiger Erfolg und könnte als Präzedenzfall Signalwirkung auch in den Nachbarländern haben. Aber in erster Linie besteht natürlich nun die Hoffnung, dass die Anordnungen des Gerichts – sofern der Staat sie umsetzt, weiterer Druck ist dringend notwendig! – zu einer

Zu folgenden Maßnahmen wurde der honduranische Staat verpflichtet:

- Untersuchung des Falls, um die Verantwortlichen für die Ermordung von Vicky Hernández zu ermitteln und zu verurteilen;
- Der Aufbau eines Stipendien-Programms mit dem Namen Vicky Hernández, das Trans-Frauen zu einer höheren Schulbildung verhilft;
- Die Verabschiedung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in Ausweisdokumenten und die entsprechende Reformierung des offiziellen Melderegisters in Honduras;
- Ein Verfahrensprotokoll für Ermittlungen in Strafverfahren bei Fällen von Gewalt an LGBTI*-Personen zu etablieren;
- Ein System zur Datenerfassung von Rechtsverletzungen an LGBTI*-Personen aufzubauen.

Die Familie soll außerdem eine Entschädigungszahlung über 30.000 US-Dollar erhalten.



Auf Demonstrationen setzen sich Aktivist*innen gegen Diskriminierung von LGBTI*-Personen ein: „Trans-Sein ist kein Verbrechen, aber Diskriminierung ist ein Verbrechen.“

strukturellen Verbesserung der Anerkennung von LGBTI*-Rechten im eigenen Land beitragen. In ihrer Datenbank haben die Catrachas zwischen 2009 und 2020 die Ermordung von 389 LGBTI*-Personen in Honduras dokumentiert. Honduras verzeichnet nach dem Putsch gegen den Präsidenten Manuel Zelaya (2009) einen starken Anstieg an Morden an LGBTI*-Personen und -Aktivist*innen. Insbesondere Trans-Frauen sind von derartigen

Hassverbrechen betroffen. Das Ausmaß der Straflosigkeit ist immens. Die Verurteilung der Täter tendiert gegen null.

DISKRIMINIERUNG VON LGBTI*-PERSONEN AUF ALLEN EBENEN

Bereits mit 16 Jahren unterzog sich Vicky Hernández geschlechtsangleichenden Maßnahmen in Guatemala. Vicky hatte das Glück, von ihrer Familie nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität verstoßen worden zu sein und kehrte anschließend zu ihrer Mutter und ihren Schwestern zurück. Mit ihnen lebte sie unter einem Dach, als sie ermordet wurde. Sie unterstützte ihre Familie finanziell durch Sex-Arbeit. Vorurteile, kulturelle Ablehnung und gesellschaftlicher Druck führen allzu häufig zum Abbruch der Verbindungen seitens der Verwandtschaft und forcieren die Isolierung von LGBTI*-Personen. Sex-Arbeit ist eine der wenigen Möglichkeiten für Trans-Personen, Geld zu verdienen. Aufgrund ihrer sexuellen Identität sind ihnen bereits in der Schul-, Aus- und Weiterbildung viele Türen verschlossen und Jobangebote für sie allein dadurch entsprechend rar. ■

Großer Erfolg mit Signalwirkung für die Region

„Es ist ein historischer Moment für honduranische und lateinamerikanische LGBTI*-Personen, besonders für Trans-Frauen“, kommentiert Osman Lara, Projekt-Koordinator unserer honduranischen Partnerorganisation MDR, das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs gegen den honduranischen Staat. Das MDR, „Movimiento de Diversidad en Resistencia“ (Bewegung für Vielfalt im Widerstand), hat die Kampagne #JusticiaParaVicky mitgetragen und ist aktiver Teilhaber unseres Regionalprogramms zur Stärkung von LGBTI*-Rechten in Zentralamerika, mit dem wir Partner*innen in Honduras, Guatemala, El Salvador und Nicaragua in ihrer Lobby-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Unterstützen Sie unsere Partner*innen in ihrer Arbeit für mehr Anerkennung von LGBTI*-Rechten und zur Verhinderung von Hassverbrechen!

Stichwort «LGBTI»



Unterstützer*innen
der 21 kriminalisierten
Männer vor dem
Gerichtsgebäude
in Cobán.

Guatemala

Kriminalisierung indigener Aktivist*innen

Weiße Eliten verhindern den sozialen Wandel

*In Mittelamerika werden in den letzten Jahren immer mehr Menschenrechtsverteidiger*innen strafrechtlich verfolgt. Zwei aktuelle Fälle von kriminalisierten Indigenen in Guatemala legen die gesellschaftlichen Machtverhältnisse im Land offen: Eine autoritäre Oberschicht nutzt das Strafrecht, um soziale Proteste zu unterdrücken und Territorien zu kontrollieren.* TEXT: CHRISTIAN WIMBERGER (CIR)

Es ist nicht gut bestellt um den Rechtsstaat in Guatemala. Kleine Fortschritte in der Korruptionsbekämpfung wurden zunichtegemacht, als die Regierung unter Jimmy Morales 2019 die Internationale Kommission gegen Korruption und Straflosigkeit (CICIG) aus dem Land jagte. Besonders konkret und tragisch wird die Aushöhlung des Rechtsstaats für benachteiligte Bevölkerungs-

gruppen, wenn Polizei, Gerichte und Staatsanwälte soziale Proteste kriminalisieren, um die Interessen der Oligarchie abzusichern. Die Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA registrierte von April 2019 bis April 2020 34 unfundierte Strafanzeigen, einen Urteilspruch gegen einen Menschenrechtsverteidiger und 255 Diffamierungen.

>



Zahlreiche Demonstrant*innen forderten im Juni einen Freispruch für Bernardo Caal.

WEISSE ELITEN VERTEIDIGEN IHRE VORHERRSCHAFT

Häufig geht es bei diesen Fällen um Land- und Umweltkonflikte, in denen sich indigene und bäuerliche Gemeinschaften gegen Umweltverschmutzung und Landaneignung durch Unternehmen wehren. Dem Sozialwissenschaftler Alberto Alonso-Fradejas zufolge haben die autoritären Eliten in solchen Auseinandersetzungen ihre Strategie geändert. Sie wenden nicht mehr massiven Terror wie in den zahlreichen brutalen Massakern während des Bürgerkriegs (1960 - 1996) an, sondern nutzen Repression selektiver und hüllen die Kriminalisierung in einen Anschein von Rechtsstaatlichkeit. Die Eliten müssen subtiler vorgehen, wenn sie zum Beispiel ihre Energieprojekte oder Palmölplantagen international als klimafreundlich und sozialverträglich anpreisen wollen. Das Ziel bleibt letztlich aber das gleiche: die rassistische und klassenbezogene Vorherrschaft der Eliten zu bewahren. Dies zeigt sich besonders deutlich in zwei aktuellen Fällen.

EXEMPEL AM STAUDAMMGEGNER BERNARDO CAAL

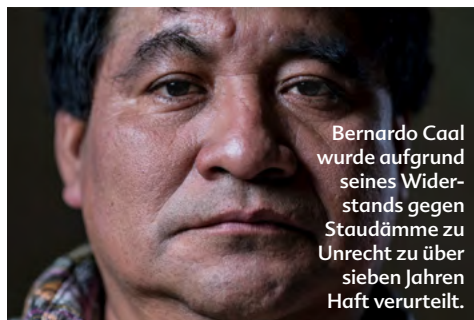
Der Lehrer Bernardo Caal, Angehöriger des Volkes der Maya Q'eqchi', organisierte im Department Alta Verapaz den Widerstand indigener Gemeinden gegen das Staudamm-Unternehmen OXEC. Die betroffenen Menschen sehen durch die Großprojekte des Unternehmens ihre Lebensgrundlage gefährdet.

Bernardo klagte gegen das Projekt und erreichte, dass das Verfassungsgericht die Verletzung des Rechts der Gemeinden auf vorherige, freie und informierte Konsultation durch das Unternehmen anerkannte. OXEC beschuldigte Bernardo daraufhin, 2015 Gewalt

gegen Mitarbeiter*innen angewandt zu haben. 2018 verurteilte ihn ein Gericht wegen Freiheitsberaubung und Raub zu über sieben Jahren Haft.

„Sie versuchen, die indigenen Völker einzuschüchtern“, schreibt Bernardo aus dem Gefängnis, „damit sie nicht ihre Rechte einfordern“. Medien kommentieren den Fall häufig mit einem diffamierenden Ton. So stellen sie unsere Partnerorganisation Colectivo Madre Selva, die seit Jahren die betroffenen Gemeinden unterstützt, nicht selten als Feindin des Fortschritts dar. Von Amnesty International

„Sie versuchen, die indigenen Völker einzuschüchtern, damit sie nicht ihre Rechte einfordern.“



Bernardo Caal wurde aufgrund seines Widerstands gegen Staudämme zu Unrecht zu über sieben Jahren Haft verurteilt.

zu einem politischen Häftling erklärt, ist Bernardo Caal aber längst zu einer Symbolfigur des indigenen Widerstands gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Natur geworden. Anfang Juni forderten über 1.000 Demonstrierende in der Stadt Cobán seine Freilassung.

21 INDIGENE LANDVERTEIDIGER VERHAFTET

In einem anderen Fall, ebenfalls im Department Alta Verapaz, tritt das Militär als Initiator einer Kriminalisierungskampagne auf. Vor 53 Jahren vertrieb es die indigene Gemeinde Chicoyoguito, um auf ihrem Territorium ein Militärcamp zu errichten. Seit der Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen dem Staat und revolutionären Guerilla-Gruppen im Jahr 1996 fordert die Gemeinde die Rückerstattung des Territoriums. Auf eine friedliche Demonstration der Gemeinde am 9. Juni 2021 in der Stadt Cobán reagierte die Polizei mit Gewalt und nahm 21 Männer fest. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, das Gelände einer Landwirtschaftsschule illegal besetzt zu haben. Drei Männern wird außerdem zur Last gelegt, einen Polizisten mit einer Machete angegriffen zu haben, wodurch dieser am Finger verletzt worden sei.

Die Sprecher*innen der Gemeinde weisen diese Vorwürfe entschieden zurück. Eine Richterin ordnete am 18. Juni Untersuchungshaft für drei der Männer und Hausarrest gegen Kaution für die anderen 18 Gemeindemitglieder an. Sie gab der Staatsanwaltschaft drei Monate für die Ermittlungen gegen die Beschuldigten. Unsere Partnerorganisation CALDH, die Rechtsberatung für die Aktivist*innen leistet, wirft den Behörden rassistische Motive vor, aber immerhin konnte sie erreichen, dass die drei Inhaftierten ebenfalls gegen Kaution wieder freigelassen wurden.

DIE VERTEIDIGER*INNEN VERTEIDIGEN

Die beiden Fälle zeigen: Auch 25 Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensverträge zwischen der Regierung und linksgerichteten Guerrilla-Gruppen bestehen die sozialen Ungleichheiten fort - oft entlang der Grenze

zwischen indigen und weiß. Sie zeigen sich besonders drastisch bei Konflikten um den Zugang zu Land und Wasser. Der Staat hat keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen, um Indigene vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Eliten und Unternehmen nutzen diese Verwundbarkeit aus und gehen Hand in Hand mit staatlichen Institutionen repressiv gegen Proteste vor. Auf diese Weise wird Kriminalisierung zu einer Waffe gegen den sozialen Wandel. Für die CIR-Partnerorganisationen Colectivo Madre Selva und CALDH gilt deshalb: „Diejenigen verteidigen, die verteidigen“. Sie machen die Fälle international sichtbar, leisten Rechtsberatung und erinnern den Staat an von ihm ratifizierte Menschenrechtskonventionen. ■

VERFOLGTE AKTIVIST*INNEN UNTERSTÜTZEN

Um aus der Haft in Hausarrest entlassen zu werden, musste für jeden der 18 kriminalisierten Häftlinge umgerechnet ca. 550 Euro Kaution bezahlt werden. Dafür haben sich die Familien der Landaktivisten hoch verschuldet. Aus eigener Kraft können sie diese Summe nicht erwirtschaften und ihre Schulden abbezahlen. Unsere Partnerorganisation CALDH bittet um internationale finanzielle Unterstützung. Die Organisation wird die Menschenrechtsverletzungen gegen die Gemeinde dokumentieren und Rechtsberatung für die Häftlinge leisten.

Bitte unterstützen Sie diese wichtige
Menschenrechtsarbeit unserer
Partnerorganisation mit einer Spende.

Stichwort «CALDH»



Bei der Etablierung der Kryptowährung Bitcoin als Zahlungsmittel warnen Kritiker*innen vor starken Kursschwankungen, enormer Klimabelastung und Missbrauchsgefahr durch Geldwäsche.

El Salvador

Kleines Land, gewagtes Experiment

*El Salvador ist das erste Land weltweit, das seit dem 7. September den Bitcoin zum offiziellen Zahlungsmittel neben dem US-Dollar macht. Präsident Nayib Bukele sonnt sich im Licht der internationalen Medienresonanz. Doch die Entscheidung birgt hohe Risiken, monieren Kritiker*innen. TEXT: KNUT HENKEL*

Die Aufkleber mit dem dicken orange-farbenen B und dem Wort „bitcoin“ dahinter kleben überall in El Zonte. In dem Fischerdorf, das in den letzten Jahren zum Surf-Hotspot an El Salvadors Pazifikküste geworden ist, steht ein Geldautomat für die Kryptowährung und es lässt sich mit ihr auch bezahlen. Bitcoin ist der erste erfolgreiche Versuch, ein digitales Zahlungsmittel zu etablieren, das virtuell und dezentral in einem energieintensiven Rechnernetz geschaffen

wird. In El Salvador trägt El Zonte deshalb den Beinamen „Bitcoin Beach“ und der ist in San Salvador seit Anfang Juni ein geflügeltes Wort. Da kündigte am 5. Juni der 39-jährige Präsident des kleinsten mittelamerikanischen Landes, Nayib Bukele, online auf einer Bitcoin-Konferenz in Miami an, dass El Salvador Bitcoin zum gesetzlichen Zahlungsmittel machen werde. Bei den Verfechter*innen der ersten digitalen Währung löste das einen Begeisterungssturm aus und so etwas

gefällt dem Mann, der seit Juni 2019 El Salvador regiert und ein großer Fan der sozialen Medien ist.

Zudem ist Nayib Bukele inzwischen bekannt für schnelle Entscheidungen. Am 8. Juni legte er bei der Parlamentssitzung den dazugehörigen gerade dreiseitigen Gesetzesentwurf vor, der vom Parlament noch nicht einmal diskutiert wurde.

PARLAMENT IM GRIFF DES PRÄSIDENTEN

Der Grund dafür ist einfach. Seit den Regionalwahlen im Februar 2021 verfügt die Partei des Präsidenten „Nuevas Ideas“ („Neue Ideen“) zusammen mit den sechs Abgeordneten der konservativen GANA (Große Allianz für die nationale Einheit) über eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament. Diese Mehrheit und die politische Unerfahrenheit vieler Abgeordneter machen das möglich. Die liegen ihrem oft selbstherrlich und zunehmend autoritär auftretenden Präsidenten im übertragenen Sinn zu Füßen und genau das ist ein Tiefschlag für die fragile Demokratie in El Salvador, meint Saúl Baños. Der Jurist und Direktor der Menschenrechtsorganisation FESPAD (Stiftung für angewandte Rechtswissenschaften) fürchtet, dass das Bitcoin-Gesetz zum Bumerang werden könnte. „Es fehlt eine Risikoanalyse. Das Gesetz ist schlecht gemacht, es berücksichtigt kaum die Defizite der digitalen Netze in El Salvador und die Risiken einer extrem schwankenden Währung“, meint Baños.

Zwischen Mitte April und Mitte Juli sank der Kurs der Kryptowährung von 54.000 auf 26.878 Euro. Eine heftige Talfahrt, die dazu führen kann, dass die Nutzer*innen der Kryptowährung herbe Verluste einfahren und selbst bei kurzfristigen Transaktionen Geld verlieren. Doch dieses Risiko wird vom Bitcoin-Fan Nayib Bukele heruntergespielt. Für ihn ist die Einführung des Bitcoins als zweite

Landeswährung neben dem seit 2001 geltenden US-Dollar eine Option, um sowohl Investitionen in das mittelamerikanische Land zu lenken als auch Jobs zu schaffen. Steuern könnten alsbald in der Kryptowährung bezahlt werden und auf den Bitcoin soll keine Kapitalertragsteuer erhoben werden. Ein zusätzlicher Anreiz. Zudem Sorge die seit dem 7. September geltende zweite Landeswährung für finanzielle Inklusion derer, die kein Konto



haben, keine Überweisungen vornehmen können und de facto auf teure Finanzdienstleister wie Western Union, MoneyGram und ähnliche angewiesen sind. „Deren Gebühren“, so Bukele am 8. Juni „können eingespart werden – Millionen von US-Dollar“.

HOHE RISIKEN – AUCH FÜRS KLIMA

Doch ganz so einfach ist es nicht, so nationale wie internationale Finanzexpert*innen. Nur 33 Prozent der Salvadorianer*innen hätten Internetzugang und ein Bankkonto. Wie viele technisch ausgerüstet sind, um mit Bitcoin zu handeln, ist unbekannt. Kritikpunkte, die auch internationale Experten*innen teilen wie Manuel Orozco, Direktor des Zentrums >

für Migration und ökonomische Stabilität in Washington. Der weist darauf hin, dass Finanzdienstleister und die Geldsender*innen eine stabile und handelbare Währung brauchen – Bitcoin sei das nicht. Zudem sei es nicht korrekt, dass bei der Nutzung des Bitcoins keine Transaktionsgebühren anfielen, so der ausgewiesene Experte für Geldtransfer von Migrant*innen. Knapp sechs Milliarden US-Dollar wurden 2020 von den 1,5 Millionen im Ausland, vor allem in den USA, lebenden El Salvadorianer*innen an ihre Angehörigen in El Salvador transferiert. In keinem Land Lateinamerikas tragen die Dollar-Transfers mehr zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei – satte 20 Prozent. El Salvador hängt am Tropf des Devisentransfers in US-Dollar. Auch deshalb ist es gewagt, auf die Kryptowährung zu setzen, so der Entwicklungsexperte Álvaro Trigueros der salvadorianischen Stiftung FUSADES. Die extremen Kursschwankungen könnten dazu führen, dass von den Spargroschen der im Ausland lebenden Salvadorianer*innen, die sie zukünftig in Bitcoin an ihre Familien transferieren, weniger ankommt als das beim etablierten Transfer in US-Dollar der Fall ist. Zudem sei die Währung intransparent und das Risiko, dass sie zur Geldwäsche genutzt werde, immens.

Das ficht die Regierung nicht an. Sie hat die staatliche Entwicklungsbank Banesa als Wechselstelle auserkoren, die Bitcoins im Wert von 150 Millionen US-Dollar kaufen soll. Auch das Argument, dass bei der Generierung von Bitcoins, Mining genannt, Unmengen an Strom verbraucht wird, kontert Nayib Bukele. Bitcoin ist der erste erfolgreiche Versuch, digitales Geld zu etablieren, das virtuell und dezentral in einem energieintensiven Rechnernetz geschaffen wird. Dafür



ist derzeit der Strombedarf eines Landes wie Schweden oder Malaysia nötig und Nayib Bukele hat angeregt, dass die nötige Elektrizität aus einem Geothermiekraftwerk in El Salvador kommen könne. Ein intelligenter Schachzug, doch der setzt voraus, dass das Generieren der Bitcoins in El Salvador stattfinden würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Die Infrastrukturdefizite des kleinen Landes machen das unmöglich. ■

Knut Henkel ist als freier Publizist regelmäßig in Lateinamerika unterwegs. Von dort berichtet er über aktuelle Themen unter anderem auch für die taz.

GEMEINSAM FÜR FRAUENRECHTE

Die Risiken des Bitcoins als Landeswährung treffen vor allem die finanziell benachteiligten Salvadorianer*innen. Dass viele Frauen in El Salvador in großer Armut leben, dass sie sich in unwürdigen Arbeitsverhältnissen verdingen müssen, dass sie häufig Opfer von Gewalt im privaten Umfeld werden – all dies ist für unsere Partnerorganisation Mujeres Transformando unweigerlich mit dem ökonomischen, neoliberalen System verbunden, das zu Konkurrenz und Individualisierung führt. Die feministische Frauenorganisation setzt Bewusstseinsbildung und kollektive Ansätze dagegen. Denn nur, wer seine Rechte kennt und sich gegenseitig stärkt, kann sich gegen neoliberale Ausbeutung und die Unterdrückung am Arbeitsplatz und in den eignen vier Wänden zur Wehr setzen.

Hierfür bitten wir um Ihre Spende.

Stichwort
«MUJERES TRANSFORMANDO»



Ein Jahr für Arbeitsrechte in der Spielzeugbranche

Die Fair Toys Organisation feiert Geburtstag

Die Fair Toys Organisation (FTO) ist am 14. Juli 2021 ein Jahr alt geworden. In dieser Zeit wurde viel diskutiert, entwickelt und schon einiges erreicht. Die wachsenden Mitgliederzahlen sprechen für sich und auch, wer alles an Bord ist. Wir werfen gemeinsam mit den Gründungsmitgliedern der FTO einen Blick auf das vergangene Jahr. TEXT: ANNA BACKMANN (CIR)

Schon lange setzt sich die CIR für Arbeitsrechte in der Bekleidungsindustrie ein. Sie war vor 25 Jahren Gründungsmitglied der deutschen Kampagne für Saubere Kleidung. Seitdem hat sich in der Kleidungsbranche viel getan. Es gibt zwar immer noch viele schwarze Schafe, aber gleichzeitig auch zahlreiche Vorreiterunternehmen, die ernsthaft daran arbeiten, Arbeits- und Menschenrechte einzuhalten. Mit der Fair Wear Foundation (FWF) existiert zudem eine vorbildliche Kontrollinstanz.

Für die Spielzeugbranche gab es nichts Vergleichbares. So entstand die Idee, an der die

CIR federführend beteiligt war, eine ähnlich transparent arbeitende, glaubwürdige Verifizierungsinstanz wie die FWF auch für die Spielzeugindustrie ins Leben zu rufen. Schließlich ähneln sich die Branchen in vielen Punkten. Zentral waren dabei zwei Aspekte: ein Multi-Akteurs-Ansatz und der Fokus auf menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, also die Verantwortung der Auftraggeber*innen – statt sinnloser und teurer Fabrikkontrollen, die wenig bringen. Unser Ansatz stieß auch beim Entwicklungsministerium auf Interesse. Das BMZ unterstützt den Aufbau der FTO finanziell.





In vielen Spielzeugfabriken haben die Mitarbeiter*innen mit mangelndem Arbeitsschutz, Überstunden und sexueller Belästigung zu kämpfen.

DER WEG ZUR ERSTEN MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Die acht Gründungsmitglieder und zahlreiche weitere Stakeholder arbeiteten hart, um schließlich am 14. Juli 2020 die Fair Toys Organisation als eingetragenen Verein ins Leben zu rufen. Ein Jahr später feierten zwölf Unternehmen, acht zivilgesellschaftliche Organisationen und das Nürnberger Spielzeugmuseum als Fördermitglied diesen Erfolg auf der ersten Mitgliederversammlung im Nürnberger Rathausaal. Neben der Abhandlung der vereinsüblichen Formalien berichteten die Arbeitsgruppen Umwelt und Handel von ihren Fortschritten und Herausforderungen. Das Regulativ, das die Basis der Arbeit der FTO bildet, wurde leicht modifiziert, aber in allen wichtigen Grundzügen angenommen. Anschließend klang die Feier bei einem Abendessen mit endlich mal wieder persönlichen Gesprächen aus.

WAS SAGEN DIE GRÜNDUNGSMITGLIEDER?

Die FTO ist in ihrem ersten Jahr schnell gewachsen. Unter den nun 26 Mitgliedern sind der Spielzeugverband DVSJ und einige namhafte Unternehmen, denen eine glaubwürdige Verbesserung für die Situation der Arbeiter*innen vor Ort wirklich wichtig ist. Wir haben einige derer, die von Anfang an an die Fair Toys Organisation geglaubt und sie begleitet haben, nach ihrer Einschätzung gefragt:

PROF. DR. HARALD BOLSINGER,
Wirtschaftsethiker an der FHWS:

„Es ist ein Unterschied, ob Branchenverbände sich selbst die Absolution erteilen oder ob aus der Bürgerschaft heraus gemeinsam mit Vorreiterfirmen ein transparenter Ansatz entwickelt wird. Denn nur so kommen auch Dritte unter Rechtfertigungsdruck, weil wir zeigen, dass der Weg zu fairer Spielwarenproduktion möglich ist. In der FTO sind wir dauerhaft gemeinsam auf dem Weg kontinuierlicher Verbesserung, und zwar mit wirklich gutem Willen und echtem Einsatz. Jetzt gilt es, das zu verstetigen und zu multiplizieren, damit die Würde der Menschen in den Fabriken dauerhaft auf der Agenda bleibt!“

BARBARA FEHN-DRANSFELD,
Geschäftsführerin der Firma Heunec:

„Die Fair Toys Organisation ist dem Ziel, die Entwicklung und Vergabe eines Siegels, das glaubwürdig für eine faire und umweltfreundliche Spielwarenproduktion steht, nähergekommen. Die Leitplanken stehen fest. Eine Organisation für fair hergestellte Spielwaren ist mehr als notwendig, auch in Bezug auf das neue Lieferkettengesetz. Die Vergabe des Siegels rundet die Vorgehensweise ab, damit die Konsument*innen erkennen können, unter welchen

Umständen das entsprechende Produkt gefertigt wurde. Wir haben die richtige Entscheidung getroffen, von Anfang an dabei zu sein. Wir können bei der Entwicklung mitwirken und uns einbringen. Die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft und den anderen Spielwaren-Unternehmen ist sehr bereichernd und erweitert den Blickwinkel.“

MAIK PFLAUM,
Vorstandsmitglied der FTO und Referent
für Arbeitsrechte bei der CIR:

„ Die FTO nimmt die Auftraggeber*innen mit in die Pflicht und setzt auf Glaubwürdigkeit, dank gleichberechtigter Teilhabe und der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten. Das fängt mit Schulungen der eigenen Mitarbeiter*innen und dem Aufbau eines Beschwerdesystems an den Produktionsstandorten an. Fabrikkontrollen runden diese Werkzeuge lediglich ab. Bis das Unternehmensiegel erstmals verliehen werden kann, wird es aber noch dauern. Man kann Unternehmen mit verzweigten internationalen Lieferketten nicht in einem Jahr seriös zertifizieren.“

THOMAS EICHHORN,
Vorstand Firma Zapf Creation AG:

„ Wir stehen am Beginn einer langen Reise, aber der Start ist geglückt. Natürlich ist es wichtig, dass sich so viele Hersteller wie möglich – und hier vor allem auch die Top-Ten-Player im deutschen Spielwarenmarkt – der Organisation anschließen, um den lang- und mittelfristigen Erfolg von Fair Toys sicherzustellen. Mit Franck-Kosmos aus Stuttgart z.B. ist bereits einer der Top-Ten-Player dazugestoßen und kürzlich gab der führende Hersteller von Modellbahnzubehör bekannt, sich der FTO anzuschließen. Es gibt also eine ganze Reihe von positiven Beispielen, die mich in der Hoffnung bestärken, die FTO wird ein Erfolg für die Spielwarenbranche.“ ■

EINLADUNG Online-Tagung
5. November, 10-15:15 Uhr

KOMMUNEN FAIR-ÄNDERN

Neue Impulse für
sozial verantwortliche
Beschaffung

PROGRAMM

- **DAS NEUE LIEFERKETTENGESETZ**
und sein Einfluss auf die öffentliche Beschaffung
- **BEST PRACTICE:** Vielfältige Ansätze zur Verbesserung von Lieferketten
 - > Fair Toys Organisation – Glaubhaft zu Arbeitsrechten in der Spielzeugindustrie
 - > Kantine, Kita und Co. – Faire Lebensmittelbeschaffung
 - > Faire Sportartikel – Kommunen, Vereine und Schulen bei #sporthandeltfair
- **AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN IN GLOBALEN AGRARLIEFERKETTEN**
Eindrücke aus Brasilien
- **AUSTAUSCH UND VERNETZEN IN KLEINGRUPPEN ZU**
 - > Nachhaltigem Orangensaft
 - > Orientierung im Label-Labyrinth
 - > Lebensmittel-Siegeln
 - > Spielzeugbeschaffung
 - > Beschaffung fairer Sportartikel

*** Es wird ausreichend Pausen inkl. einer längeren Mittagspause geben ***

Vollständiges Programm und Anmeldung bis 15.10.2021 unter:

www.ci-romero.de/termine

Zwei Abschiede aus dem Team

Nach zuletzt viel Hallo und Willkommen müssen wir nun leider zwei Abschiede kundtun:

Im Volontariat bereits arbeitete **Franziska Menge** zu würdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen von Textilarbeiter*innen. Ein Jahr später übernahm sie verantwortlich unsere Kampagne zu Fast Fashion. Im Herbst 2020 trug sie maßgeblich zum Gelingen der internationalen Online-Aktionstagung „Von Fast zu Fair“ bei. Hierfür und für vieles mehr sagen wir „Danke Franziska!“
Que te vaya bien!



Viele Leser*innen kennen und hatten Kontakt mit **Lou Gerlach**. Diese gute Seele war verantwortlich für alles Erdenkliche rund um unseren Materialversand. Nicht nur hier war auf Lou Verlass; auch bei der Beschaffung von Büromaterial über Archivierung von Belegexemplaren bis hin zu – ganz wichtig! – Verköstigungen bei Sitzungen. Mehr noch danken wir dir, Lou, für all das, was wir an Sensibilität, Empathie, Toleranz und Mut mit dir erlebt und hoffentlich von dir gelernt haben. Für deinen mutigen Schritt in ein neues Berufsfeld wünschen wir dir „muchas suerte“! Alles Gute und vergiss uns nicht!



FOTOS MAREN KUITER

IN EIGENER SACHE

WICHTIG: Seit Januar 2020 erhalten Sie für alle Ihre Spenden eines Kalenderjahres nur eine Zuwendungsbestätigung (sog. Sammelbestätigung), und zwar im Januar des Folgejahres. Sollten Sie eine frühere Zusendung wünschen, reicht ein kurzer Hinweis an Maria Wilmer ([Email: wilmer@ci-romero.de](mailto:wilmer@ci-romero.de), [Tel.: 0251/674413-31](tel:025167441331)). Wir freuen uns auf Ihren Anruf und helfen bei allen Fragen rund ums Spenden gern weiter!

Einzugsermächtigung

Ich unterstütze die Arbeit der CIR mit einem Beitrag

von _____ Euro

- ☐ einmalig ☐ monatlich
☐ 1/4 jährlich ☐ 1/2 jährlich ☐ jährlich

bis auf Widerruf beginnend am _____

Verwendungszweck:

- ☐ Projektarbeit ☐ Öffentlichkeitsarbeit
☐ Projekt-/Öff.-Arbeit ☐ Fördermitgliedschaft

IBAN / Konto-Nr. _____

BIC / BLZ _____

Bank _____

Hiermit ermächtige ich die Christliche Initiative Romero e.V., den Betrag von meinem Konto durch Lastschrift einzuziehen. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen. Die SEPA-Lastschrift kann jederzeit mit sofortiger Wirkung widerrufen werden.

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

BESTELLSCHEIN

Alle angegebenen Preise zzgl. Versandkostenpauschale.



Sie können den ausgefüllten Bestellschein auch mit dem Smartphone abfotografieren und per E-Mail senden an shop@ci-romero.org

Jetzt einfach
ONLINE BESTELLEN
Mehr Material sowie Abbildungen dazu finden Sie unter:
www.ci-romero.de/bestellen

CHRISTLICHE INITIATIVE ROMERO	EURO	EXPL.
presente 3/2021 (vorliegend)		
CIR-Spendenbox	gratis	
Faltblatt: Gemeinsam Dinge bewegen. CIR-Fördermitgliedschaft		
Infoblatt: Oscar Romeros Bedeutung heute – 40 Jahre nach seinem Todestag	gegen Porto	
Dossier: Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika		
FAIRE ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG		
Broschüre: Spielzeug sozial verantwortlich beschaffen. Ein Pilotprojekt der Stadt Köln	4,00	
Praxisleitfaden für Bund, Länder und Kommunen: Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln (2019)	2,00	
Faltblatt: Für faire Dienstbekleidung in Kommunen!		
Faltblatt: Sozial verantwortlicher Einkauf in Kommunen – Diese Projekte zeigen, wie es geht!	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Personalräte		
Studie: Blick über den Tellerrand Sozial verantwortliche öffentliche Beschaffung von Lebensmitteln am Beispiel Berlin	4,00	
ÖKO-FAIRER KIRCHLICHER EINKAUF		
Aktionspostkarte: Gute Arbeit hier und dort – Kirchliche Mitarbeitervertretungen	gegen Porto	
Faltblatt: Das öko-faire Gotteshaus		
Leitfaden: Wie fair kauft meine Kirche?		
KLEIDUNG		
Faltblatt: #Where's the change? zu Fast Fashion	gegen Porto	
Aktionspostkarte: Alles Prima?k		
Dossier: Fast Fashion Eine Bilanz in drei Teilen	5,00	
Set: Eingefädelt – Arbeitshilfe für Multiplikator*innen	7,00	
Foto-Posterserie zur Bekleidungsindustrie: „Nach St(r)ich und Faden“ (6 Poster in Din A1)	20,00	
Aktionspostkarte: Ich möchte die ganze Rechnung sehen!	gegen Porto	
Infoblatt: Was kann ich tun?		
Werkmappe: Fit For Fair? Arbeitsbedingungen in der Sportbekleidungsindustrie	5,00	
DVD: Nähen für den Weltmarkt	6,00	
ROHSTOFFE		
Broschüre: 12 Argumente für eine Rohstoffwende		
Faltblatt: Schöner Schein... Kann man Gold „ethisch“ konsumieren?	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Banken und Bergbau		
Studie: Mexiko: Gewaltrohstoffe für Deutschlands Industrie?		

INITIATIVE LIEFERKETTENGESETZ

Infopaklet Lieferkettengesetz: je ein Beispielexemplar aller Publikationen		
Kampagnenflyer		
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Schluss mit Freiwilligkeit (Okt. 2020)	gegen Porto	
Poster: Ich stehe hinter einem starken Lieferkettengesetz (DIN A2)		
Argumentationsleitfaden zum Lieferkettengesetz		
KRITISCHER KONSUM	EURO	EXPL.
Wegweiser durch das Label-Labyrinth (Neuaufgabe 2021)	2,00	
Quick Check zum Wegweiser (Neuaufgabe 2021): Die kleine Übersicht für's Portemonnaie		
Infoblatt: Ein Wegweiser durch das Label-Labyrinth Infos zum Wegweiser und zu Labelchecker.de	gegen Porto	
Aktionszeitung: BRENNPUNKT Arbeitsrechte in der Spielwarenindustrie		
Dossier: CSR – Unternehmensverantwortung in der deutschen Spielwarenindustrie		
Prospekt-Persiflage (Adbust): ALDI ☐ LIDL ☐ KIK ☐ EDEKA ☐		
Was hinter Schnäppchen steckt		
SUPERMÄRKTE UND LEBENSMITTEL		
Faire Umhängetasche aus recycelten Lebensmittel-Verpackungen von mai vietnamese handicrafts, Din A4, BLAU ☐ ORANGE ☐ GRÜN ☐	5,00	
Kochbuch: Gutes Essen für Alle Rezepte plus Hintergrundinfos aus Brasilien und Mittelamerika	2,00	
Sticker-Postkarte Geschmacklose Zutaten		
Faltblatt: 25 Tipps für ethisches Essen. Was kann ich tun?	gegen Porto	
Poster: Das SuperMarkt-Wimmelbild		
Broschüre: Der Wandel. Schattenseiten & Lichtblicke in der Orangensaftherstellung		
Werkmappe: Arbeitsrechte? Nicht die Bohne! Billiger Kaffee made in Honduras	4,00	
Studie: Ausgepresst. Hinter den Kulissen der Saftindustrie	4,00	
Bildungs- und Aktionstasche mit 6 Kurzfilmen + 10 Methodenblättern, der „Werkmappe Supermärkte“, vielen Aktionsmaterialien	10,00	
Wander-Ausstellung: Lebenswelten. Arbeiter*innen entlang der O-Saft-Lieferkette (20 DIN A2) (Nur zur Ausleihe - Termin per Email/Telefon anfragen.)		

beiliegend

Name / Organisation

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Datum

Unterschrift

☐ Bitte schicken Sie mir den E-Mail-Newsletter der CIR zu.



#NotstandNovember

Wir rufen den **NOTSTAND** aus!

Der November 2021 steht bei der CIR
im Zeichen der **KLIMAGERECHTIGKEIT**.

Hochwasserkatastrophe in Deutschland, Waldbrände in Sibirien, Hitzerekorde in Kanada: Die Extremwetter-Ereignisse im Sommer 2021 haben die Klimakrise und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung einmal mehr mit Wucht in die Schlagzeilen, auf die Agenda der Politik und in das Bewusstsein der teilweise unmittelbar betroffenen Bürger*innen gebracht.

Die Menschen in unseren Partnerländern in Mittelamerika leiden schon seit Jahren regelmäßig unter anhaltenden Dürren, wiederkehrenden Tropenstürmen und Überschwemmungen. Im November 2020 trafen dort mit Eta und Iota gleich zwei Wirbelstürme auf Land – die katastrophalen Folgen sind teilweise noch heute spürbar. Ein Jahr später, im November 2021, findet die 26. UN-Klimakonferenz statt, um über Lösungen für die Klimakrise zu verhandeln.

Für uns Grund genug, den Monat mit vielen Aktionen zum Thema **KLIMAGERECHTIGKEIT** zum **#NotstandNovember** zu machen!

Das erwartet Sie im #NotstandNovember

MEHR WISSEN

Neues Info- und Bildungsmaterial

- CIR-Publikation über globale Klimagerechtigkeit und die Verantwortung des Globalen Nordens
- CIR-Kurzdokumentation „Klima der Zukunft“ über Extremwetterereignisse in Mittelamerika
- CIR-Newsletter mit Infos zu allen Aktionen

Weitere Infos unter:
[ci-romero.de/
notstandnovember](https://ci-romero.de/notstandnovember)

MEHR SEHEN

Online-Filmabend „Klima der Zukunft“ (8. November)

- Vorführung der CIR-Kurzdokumentation
- Diskussion mit Andrea Padilla, Umweltexpertin unserer Partnerorganisation UNES (El Salvador), und Celia Meienburg, CIR-Referentin für Klimagerechtigkeit

Infos und Anmeldung:
[ci-romero.de/termine/
klima-der-zukunft](https://ci-romero.de/termine/klima-der-zukunft)

MEHR MACHEN

Gemeinsam aktiv werden

- Aktivitäten auf den CIR-Social-Media-Kanälen beobachten und mit **#NotstandNovember** teilen
- Eigene Veranstaltung geplant? Laden Sie unsere Referentin **Celia Meienburg** ein und nutzen Sie unsere Materialien!

Jetzt Kontakt aufnehmen:
meienburg@ci-romero.de

game on | DON'T LET CLIMATE CHANGE
END THE GAME!



Die Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht. Für den Inhalt der Veröffentlichung ist allein die Christliche Initiative Romero verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt der Europäischen Union wieder.

